

PRESSEMELDUNG

Deutscher Pflegerat e.V. (DPR)

Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen:

Berlin (29. Mai 2015, Nr. 20/ 2015)

Deutscher Pflegerat: „Die professionell Pflegenden sind keine Verhandlungsmasse“

Bundesregierung muss Regelungen einführen, die zum Personalaufbau im Krankenhaus führen

„Die Deutsche Krankenhausgesellschaft sollte nicht mit dem Feuer spielen und einen möglichen Stellenabbau von 10.000 Pflegestellen in den Raum werfen“, mahnte Andreas Westerfellhaus, Präsident des Deutschen Pflegerats (DPR), heute in Berlin.

„Die professionell Pflegenden sind keine Verhandlungsmasse. Zudem sorgen solche Äußerungen für unnötige Ängste bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die DKG sollte Diskussionen zur anstehenden Krankenhausreform und dadurch einhergehende mögliche Finanzeinbußen nicht auf dem Rücken der Pflege austragen. Stattdessen sollten wir gemeinsam für mehr Pflegenden und somit für eine bessere Krankenhausversorgung kämpfen“, fordert Westerfellhaus.

„Unbestritten ist“, so Westerfellhaus weiter, „dass bereits heute in den Krankenhäusern 50.000 Pflegenden fehlen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege arbeiten im Krankenhaus am Anschlag ihrer Belastungsfähigkeit. Durch die gravierende personelle Unterbesetzung ist die Pflege und Betreuung der Patientinnen und Patienten bereits heute nicht mehr zu jeder Zeit sicherzustellen. **Damit ist die Patientensicherheit gefährdet**“, kritisiert der Präsident des Deutschen Pflegerats.

Westerfellhaus: „Eine gute Pflege und Betreuung braucht gutes Personal, welches ausreichend zur Verfügung steht. **Gefordert zum Handeln ist die Bundesregierung, die die Tragweite der aktuellen Probleme der professionellen Pflege im Krankenhaus endlich anerkennen muss.**“

Die angespannte personelle Lage könnte u. a. bereits dadurch deutlich verbessert werden, wenn ab 2015 die Verwendung der in den DRG kalkulatorisch enthaltenen Kosten für den Pflegeaufwand für Pflegestellen im Rahmen der Budgetverhandlungen und/ oder unter dem Attest eines Wirtschaftsprüfers durch die Krankenhäuser nachgewiesen werden müssten. Eine solche Regelung schaffe Transparenz bezüglich der Personalausstattung und würde sicherstellen, dass die für die pflegerische Versorgung kalkulierten Geldbeträge auch entsprechend für Personal verwendet werden bzw. wurden.

Weiter müsse die Refinanzierung durch die Kostenträger zwingend und nachhaltig sichergestellt werden. „Die Tarifierhöhungen sind vollumfänglich zu berücksichtigen“, fordert Westerfellhaus.

Als Sofortmaßnahme schlägt der Deutsche Pflegerat darüber hinaus die Bereitstellung eines Budgets für die nächsten vier Jahre von jährlich 2,5 Milliarden Euro vor. Mit diesen Mitteln könnten Pflegestellen geschaffen und die Pflegepraxis sofort entlastet werden. Parallel dazu müsse unter Beteiligung des Deutschen Pflegerats umgehend ein analytisches Instrument zur Personalbemessung entwickelt werden.

Ansprechpartner:

Andreas Westerfellhaus

Präsident des Deutschen Pflegerats

Deutscher Pflegerat e.V. (DPR)
Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin

Telefon: (0 30) 398 77 303

Telefax: (0 30) 398 77 304

E-Mail: presse@deutscher-pflegerat.de

Internet: www.deutscher-pflegerat.de

Zum Deutschen Pflegerat e.V. (DPR):

Der Deutsche Pflegerat e.V. wurde 1998 gegründet, um die Positionen der Pflegeorganisationen einheitlich darzustellen und deren politische Arbeit zu koordinieren. Darüber hinaus fördert der Zusammenschluss aus 16 Verbänden die berufliche Selbstverwaltung. Seit 2003 handelt der Deutsche Pflegerat e.V. als eingetragener, gemeinnütziger Verein. Als Bundesarbeitsgemeinschaft des Pflege- und Hebammenwesens und Partner der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen vertritt der Deutsche Pflegerat heute die insgesamt 1,2 Millionen Beschäftigten der Pflege. Über die berufliche Interessenvertretung hinaus ist der Einsatz für eine nachhaltige, qualitätsorientierte Versorgung der Bevölkerung oberstes Anliegen des Deutschen Pflegerats.

Präsident des Deutschen Pflegerats ist Andreas Westerfellhaus, Vize-Präsident ist Franz Wagner, Vize-Präsidentin ist Andrea Lemke.

Mitgliedsverbände des DPR:

- Arbeitsgemeinschaft christlicher Schwesternverbände und Pflegeorganisationen e.V. (ADS)
- Anbieterverband qualitätsorientierter Gesundheitspflegeeinrichtungen e.V. (AVG)
- Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe e.V. (BLGS)
- Bundesverband Geriatrie e.V. (BVG)
- Bundesverband Pflegemanagement
- Deutscher Hebammenverband e.V. (DHV)
- Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland e.V. (BeKD)
- Bundesfachvereinigung Leitender Krankenpflegepersonen der Psychiatrie e.V. (BFLK)
- Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
- Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege und Funktionsdienste e.V. (DGF)
- Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
- Katholischer Pflegeverband e.V.
- Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e.V. (VdS)
- Verband für Anthroposophische Pflege e.V. (VfAP)
- Vereinigung der Hygienefachkräfte der Bundesrepublik Deutschland e.V. (VHD)
- Verband der PflegedirektorInnen der Unikliniken e.V. (VPU)

